

Stellungnahme

Zur öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Umstellung auf Bachelor-Masterstudiengänge an den Hochschulen in Baden-Württemberg, 11. Dezember 2008

Ich möchte hier nicht Dinge wiederholen, die Sie aus der Presse und den Medien kennen. Die Einführung der gestuften Studiengänge ist weit fortgeschritten. Die offiziellen Reformziele

- Mobilität der Studierenden,
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Studiums durch flexible Strukturen,
- Schaffung eines ersten berufsqualifizierenden Regelabschlusses nach drei Jahren,

diese Ziele wurden dort, wo umgestellt wurde, nicht erreicht. Die gestuften Studiengänge haben die Mobilität nicht verbessert, sondern verschlechtert. Sie haben keine flexiblen Strukturen mit mehr Eigenverantwortlichkeit hervorgebracht, sondern eine maßlose Verschulung und Verregelung des Studiums. Die Zweifel, ob Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt eine gute Chance haben, sind nicht geringer geworden, sie sind gewachsen.

Der Presse können Sie auch entnehmen, daß zwei Einschätzungen gegeneinander stehen. Die Einen sagen, das sind Kinderkrankheiten, die bald überwunden sind. Die Anderen sagen, der ganze Prozeß läuft in die falsche Richtung. Und alle sagen, es muß mehr Geld ins System gesteckt werden.

Ich möchte mich in meinem Statement auf drei Punkte konzentrieren, die die zukünftige Entwicklung betreffen. Ich bin von Beruf Soziologe. In meinem Fach interessiert man sich u.a. für die unbeabsichtigten Folgen politischen und sozialen Handelns. Man kann auch sagen, für die Kollateralschäden guter Absichten. In meinem Fach haben wir es mit einem hochkomplexen Gegenstand, der Gesellschaft, zu tun, mit labyrinthischen Verflechtungen von Interessen, mit Überraschungen, die Gruppen einander bereiten, und mit Zeitströmungen, deren Quellen oft unauffindbar sind.

1. Kinderkrankheiten oder falsche Richtung?

Als Soziologe richte ich mein Augenmerk bei solchen diagnostischen Differenzen auf die Akteure. Wer sagt was? ‚Falsche Richtung‘ sagt Herr Kempen vom Hochschulverband, ‚Kinderkrankheiten‘ sagt Frau Wintermantel von der Rektorenkonferenz.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen: Weder der Hochschulverband, noch die Rektorenkonferenz sind heute das, was sie vor zehn Jahren waren. Die Mitgliederstruktur des Hochschulverbandes hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, insbesondere durch den Zustrom junger habilitierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Heute schreiben in der Zeitschrift „Forschung und Lehre“ Wissenschaftler, die es vor zehn Jahren strikt abgelehnt hätten, in der Nähe des damaligen, etwas angestaubten, Ordinarienvereins gesehen zu werden. Der Hochschulverband ist heute die Vertretung von ca. 23.000 Wissenschaftlern, und die sagen jetzt nach einer langen Phase des Zögerns: Die neuen Studiengänge führen zu weniger Mobilität als die alten. Die Zahl der Studienabbrecher ist nicht gesunken. Die Studienleistungen sind nicht vergleichbar geworden. Sie fordern ein Moratorium und keine weiteren Umstellungen von Studiengängen. (Ich bin kein Mitglied des Hochschulverbandes, ich gehöre auch keiner Partei an, ich führe auch keine GmbH, ich bin Beamter des Landes Baden-Württemberg)

Auch die HRK sah vor zehn Jahren anders aus. Sie war damals immer noch die Versammlung derer, die an ihrer Universität *primus inter pares* waren, eingebunden in starke Fakultäten, ohne deren fachliches Urteil an der Universität nichts legitim war. Heute sind die Fakultäten entmachtet, die Rechte der Universitätsspitze nicht nur gestärkt, sondern so stark wie nie zuvor in der europäischen Universitätsgeschichte. Die Rektoren sagen mehrheitlich, daß die Bolognaziele jetzt noch nicht erreicht wurden, liegt an gewissen Anfangsschwierigkeiten, die überwunden werden können. Es sei verantwortungslos, den Bologna-Prozeß zu stoppen oder umzukehren. Wir brauchen nur mehr Geld, dann wird Bologna ein Erfolg werden.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich in Zukunft darauf einstellen müssen, daß die Universitäten mit zwei Stimmen sprechen werden. Das wird sich erst einmal nicht verändern. Vor einiger Zeit hat an der Universität Hamburg die Universitätsspitze von den Professoren verlangt, keine öffentliche Kritik an der Linie der Hochschulleitung oder an der Studienreform zu äußern. Wäre ich zwanzig Jahre jünger, ich hätte die Einladung zu diesem *hearing* vielleicht doch nicht angenommen, aus Sorge, daß ein möglicher Antrag auf Zuweisung einer ¼ Mitarbeiterstelle zur Vorbereitung eines Forschungsvorhabens vom Rektorat abgelehnt würde. Die Autonomie, die der Staat den Universitäten geschenkt hat, ist eine Autonomie der Universitätsspitze. Unten bei den Professoren ist sie nicht angekommen. Ich erinnere daran, daß man bereits vor 20 Jahren den Professoren das Immediatrecht genommen hat, das Recht, sich direkt ohne Dienstweg über Dekan und Rektor an den Minister zu wenden.

2. Europäischer Hochschulraum

Den gab es schon vor Bologna, und er wird auch den Bologna-Prozeß überstehen. Was neu ist: Bis vor zehn Jahren ging es darum, in möglichst sachnahen Verhandlungen Übersetzungsregeln für die Anerkennung von

Studien- oder Prüfungsleistungen anderer Universitäten im Inland oder Ausland zu entwickeln. Anerkannt wurde eine auswärtige Leistung nach dem, was tatsächlich inhaltlich, thematisch studiert worden war. Dies hat dann mit der wachsenden internationalen Verflechtung zu einem sehr fruchtbaren informellen Prozeß der Standardangleichung geführt.

Jetzt haben wir die formale Gleichschaltung in Europa: 1 ECTS-Punkt in Lissabon ist gleich 1 ECTS-Punkt in Stuttgart. Ein BA in Dänemark ist gleich einem BA in Griechenland usw. Eine klassische Modernisierungsphantasie ist realisiert worden.

Der Effekt dieser Gleichschaltung ist jedoch, daß die lokalen, regionalen und nationalen Besonderheiten in ungeahnter Weise herausgefordert sind. Denn der europäische Hochschulraum ist ein Konkurrenzraum. Entsprechend haben die Staaten reagiert. Die Niederländer z.B. haben sich auf ihre in Jahrhunderten der Polderwirtschaft gewachsenen Tugenden der Konsensorientierung besonnen und die vorhandenen Abschlüsse einfach umdeklariert. Die Franzosen haben ihre berühmten Eliteuniversitäten, die *grandes écoles*, gleich aus dem Reformprozeß herausgenommen. Die Engländer sind sehr schnell mit einem preiswerten Angebot, dem zweijährigen Bachelor, auf den Markt gegangen. Alle haben sich auf ihre traditionellen Stärken besonnen. Nur wir Deutschen sind – entschuldigen Sie bitte – so blöde gewesen, die Stärken unserer nationalen Universitätstradition nicht nur nicht zu mobilisieren, sondern mit gnadenloser Gründlichkeit flächendeckend eine Karikatur des Vorbilds Amerika zu produzieren: den deutschen Bachelor, bei dem sich meine amerikanischen Kollegen an den Kopf fassen.

3. Modularisierung, Flexibilisierung

Ich zeige Ihnen hier den Studienplan für das Fach Soziologie an der Universität Freiburg, acht Semester plus ein Prüfungssemester, reformierte Neufassung vom Juli 1994. Ein Studienplan, der nach Prüfung durch Fakultät und Senat dem Ministerium vorgelegt und von ihm kostenlos genehmigt wurde, 18 Seiten lang. Was ich Ihnen jetzt zeige, ist keine wissenschaftliche Arbeit von 250 Seiten, sondern der intern geprüfte Antrag auf Akkreditierung eines viersemestrigen Masterstudiengangs an einer baden-württembergischen Universität. Dafür zahlt die Universität Geld an die Akkreditierungsagentur. Nach ein paar Jahren verfällt die Lizenz und muß neu beantragt und gekauft werden. Die Preise schwanken. Sie reichen von 13.000 bis 30.000 Euro pro Akkreditierung. Es fallen Kosten für Nachbesserungen an, und die Verfallsdaten können auch sehr verschieden sein. Das Ministerium kümmert sich um nichts, nur darum, daß dem Zwang zur Akkreditierung Folge geleistet wird. Es handelt sich hier um das *outsourcing* von hoheitlichen Aufgaben. Damit ist nicht nur eine illegale Parallelverwaltung etabliert worden, sondern es fließt auch, Dank der Verfallsdaten, regelmäßig eine Menge Geld.

Die Akkreditierungsagenturen wachen über die Einhaltung der Bolognanormen. Diese Normen sind sehr verwickelt. Sie müssen messen, wie lange es braucht, ein bestimmtes Buch zu lesen, etwas im Kopf zu behalten, einen Text zu schreiben, ein Experiment durchzuführen, ein Problem gedanklich verarbeitet zu haben, sich in eine Diskussion produktiv einzubringen usw., d.h. sie müssen die studentische *workload* von 1 ECTS-Punkt gleich 25 Zeitstunden berechnen. Dann müssen sie Kontaktzeit und Selbststudium kalkulieren. Schließlich müssen sie in sich abgeschlossene Kompetenzeinheiten fixieren, sogenannte Module, die dann wie Legosteine frei kombinierbar sind. Das sollte eine Flexibilisierung und Anpassung an individuelle Studieninteressen ermöglichen.

Ich kann nur auf einige Effekte dieses Systems eingehen.

- Was stattfindet ist eine Zerstückelung, Zerstörung der subtilen Aufbauprozesse komplexen Wissens. Der menschliche Geist läßt sich in seinen höheren Funktionen, um die es an Hochschulen geht, nicht taylorisieren. Die Modularisierung verstärkt das Bulimielearning. Was hier gezüchtet wird, ist ein oberflächliches FastKnowledge, da jedes Bei-einer-Sache-bleiben verhindert wird. Für Geistes- und Sozialwissenschaften ist das tödlich.
- Es ist derzeit auch weitgehend unklar, welchen Master man auf welchen Bachelor montieren kann. Der Master soll ja dem Bolognadenken zufolge wiederum ein für sich stehender, in sich geschlossener Studiengang, eine Art Zweitstudium für einen Zweitberuf werden. Wenn der Prozeß so weiter läuft, wird man in zehn Jahren nicht mehr wissen, was zu einem Fachstudium gehört und was eine Berufsbefähigung bedeutet. Man kann es nicht oft genug betonen, daß der deutsche Bachelor mit dem amerikanischen Bachelor rein gar nichts gemein hat.
- Ein weiterer Effekt kommt hinzu. Mit den gesetzlich verordneten, flächendeckend durchgesetzten Bolognanormen, ist eine enorme Vermehrung von bürokratischen Arbeiten in der Universität entstanden, da jetzt jeder Leistungspunkt prüfungsrechtlich einwandfrei dokumentiert werden muß. Diese Arbeit soll uns dann die u.a. von HIS entwickelte Software abnehmen. Für deren Implantierung sind natürlich erstmal wiederum neue Stellen zusätzlich einzurichten.
- Da nun die Messungen der *workloads* immer strittig sein werden, besteht auf Seiten der Fächer eine andauernde Unsicherheit, was denn die Akkreditierungsagentur erwartet. Diese Agenturen haben sich rasant entwickelt. Ein Fortbildungsworkshop jagt den anderen, und da werden immer neue Instrumente entwickelt, wie man richtig evaluiert und richtig akkreditiert. Das Geld für diese Unternehmen stammt von den Universitäten. Um in diesem System eine

Akkreditierung zu erhalten, brauchen die Universitäten nicht nur wohlmeinende Gutachter, die nicht gerade in Konkurrenz zum Antragssteller stehen, sondern wiederum mehr Geld für ihre eigene Verwaltung. Auch dieses Geld geht Lehre und Forschung verloren. Hier steigern sich zwei parallele Bürokratien auf Kosten der Steuerzahler gegenseitig. Hier ist eine von der Wirklichkeit des Lehrens und Forschens völlig abgehobene Bolognaprozedurenwelt entstanden, so wie das von der Realwirtschaft entkoppelte Finanzsystem der letzten Jahre.

Sie finden parallele Entwicklungen in der Exzellenzwelt. Kaum waren die Exzellenzgelder bei der DFG eingetroffen, wurden dort erstmal über 50 neue Planstellen zur Verwaltung eingerichtet. Wo jetzt die Kampagne für die Exzellenz in der Lehre auf die Universitäten zurollt, wächst selbstverständlich der Bedarf an Verwaltungsstellen zur Förderung der Lehrexzellenz. Und zwar in der Regel zu Lasten derer, deren Haupttätigkeit in Lehre und Forschung besteht.

Was ist zu tun?

Meine Damen und Herren, Sie können nicht viel tun. Sie haben per Gesetz autonome Mechanismen ins Leben gerufen, die nun nach eigenen Gesetzen prozessieren. Dennoch abschließend einige Überlegungen:

- Zunächst einmal brauchen Sie ein differenzierteres Bild der Lage, als Journalisten es Ihnen vermitteln, die heute überhaupt keine Zeit haben, etwas zu recherchieren. Sie können sich auch nicht auf das Bild verlassen, das die Einrichtungen vermitteln, die den Bolognaprozess als Erfolg darstellen müssen.
- Geben Sie kein Geld für neue Planstellen in der Verwaltung. Prämieren Sie die Universitäten, die jährlich ein bis zwei Verwaltungsstellen in eine unbefristete Professur verwandeln. Was Sie vielleicht nicht wissen: Wir haben im deutschen Universitätssystem 17% unbefristete Planstellen und 83% befristete Stellen, mit dem Verbot, nach 12 Jahren in einer öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtung befristet weiter beschäftigt zu werden.
- Wir brauchen das Moratorium. Keine weiteren Umstellungen, bevor nicht bewiesen ist, daß die bereits umgestellten Studiengänge bessere Resultate liefern, als die alten.
- Tolerieren Sie Abweichungen, tolerieren Sie Experimente. Dazu ist es unbedingt nötig, daß Sie den Akkreditierungszwang aufheben. Die Akkreditierung sollte ein Gütesiegel werden, bei dem es Fächern und Universitäten freigestellt ist, ob sie glauben, es erwerben zu müssen oder nicht.